

23.9.04

# IMOWOB: „Stadtrat verweigert Parlament wichtige Information zum Stand der Mobilfunkplanung“

23.9.04

Stadt  
Kurier

Bruchköbel.- In einer Presseerklärung äußern sich die Verantwortlichen der "Initiative mobilfunksenderfreie Wohngebiete Bruchköbel e.V." (IMOWOB) enttäuscht zur Behandlung des Themas Mobilfunksituation in Bruchköbel in der letzten Stadtverordnetenversammlung am 14. September, zu der zahlreiche Mitglieder der IMOWOB und weitere interessierte Bürgern auf die Umsetzung der Ankündigung des Ersten Stadtrats vom 5. August 2004 warteten, es werde ein Antrag zur Genehmigung einer "Zusammenarbeit mit der FH Aschaffenburg" vorgelegt. Wegen der Kündigung des Standortes am Sportplatz zum Jahresende müsse dies das Parlament noch im September auf den Weg bringen, hieß es damals.

Mit Erstaunen mussten die Zuschauer jedoch feststellen, dass sich die Verwaltung überhaupt erst auf Anfrage der Opposition zum Thema äußerte. Die auffallend knappe Antwort des Ersten Stadtrats: "Dies sei keine Angelegenheit des Stadtparlamentes!" habe dann obendrein das Gegenteil seiner Ankündigung enthalten.

Neben einer unverständlichen Desavouierung der Stadtverordneten sei damit das Gegenteil eines transparenten Verfahrens einer bürgernahen Verwaltung zu beobachten. In Wahlreden so gern als mündig bezeichnete Bürger sollten sich zwar engagieren und ehrenamtlich tätig sein - aber offenbar keinerlei kritisch begleitende oder gar beratende Aktivitäten entfalten. Solches Engagement

mit einem angeblich mit der Opposition arrangierten "Komplot" abtun zu wollen, wie dies seitens der Stadtführung verlautete, sei schon deshalb abwegig, weil an den Parlamentsbeschlüssen zum Mobilfunk fast alle Fraktionen initiativ und zustimmend beteiligt waren. Dass sich deshalb auch die Opposition für deren Vollzug verantwortlich fühlen müsse, liege auf der Hand. Rückwärtsgewandte, künstlich konstruierte Feindseligkeiten zwischen den Fraktionen oder gegenüber der Bürgerinitiative dienten jedenfalls nicht dem Interesse und dem Wohl der Bruchköbeler Bürger.

Die Bürgerinitiative IMOWOB sei nicht gegen Mobilfunk, sondern für eine qualifizierte Senderstandortplanung für gesamt Bruchköbel. Nur so könne eine gleichmäßige Abdeckung ohne Funklöcher für die Bruchköbeler Handynutzer bei minimaler Belastung insbesondere in Wohngebieten mit Rechtssicherheit für alle erreicht werden. Die IMOWOB verfolge keinerlei wirtschaftliche Interessen, sondern fühle sich einzig und allein dem Wohl der Bevölkerung verpflichtet. Die interfraktionellen (mit Ausnahme der FDP) Anträge und Beschlüsse aus den Jahren 2001 und 2002 seien ein guter Ansatz. Die Fraktionen von CDU, SPD und Bündnis 90/Die Grünen hätten den richtigen Weg eingeschlagen. Dass die Umsetzung dieser Vorgaben über 3 1/2 Jahre stagnierte, hätten offensichtlich nicht die Parlamentarier zu verantworten, allein bei der Exekutive fehle weiterhin der Umsetzungswille.

Warum sich die Hauptamtlichen hier in Bruchköbel statt einer pragmatisch vorsorgenden Gestaltung ausschließlich ignorierend, polemisierend und diffamierend gegenüber engagierten Bürgern hervortue, bleibe - wie deren gesamte Vorgehensweise - nach wie vor im Dunkeln. Es erfolgte auch keine Informationen dazu, warum das ursprüngliche Vorhaben, das ECOLOG-Institut zu beauftragen, aufgegeben wurde oder weshalb nun mit der FH-Aschaffenburg "zusammengearbeitet" werden solle. Man habe bereits mehrfach eindringlich darauf hingewiesen, dass dieser Weg noch weniger sinnvoll sei, als die verworfene Entscheidung. Im Interesse der Bürger und Bürgerinnen appelliere die IMOWOB deshalb noch einmal dringend an alle Fraktionen, die Vorgaben der beiden Parlamentsbeschlüsse nicht durch die unverständliche Haltung der Verwaltung in Frage stellen zu lassen, sondern für deren konsequente Umsetzung zu sorgen. Man selbst sei weiterhin jederzeit bereit, mit den Fraktionen pragmatische Lösungen zu erörtern. In anderen Parlamenten, wie etwa in der Nachbarstadt Maintal, werde dies regelmäßig auch unter Einbeziehung von Initiativmitgliedern bis hin zum Rede-recht in der Stadtverordnetenversammlung praktiziert. Man verstehe nicht, warum dies in Bruchköbel, mit schon rein zahlenmäßig wesentlich überschaubareren Gremien, nicht auch möglich sein sollte - zumal sich seit 2001 und 2003 nichts geändert habe.

## Angemerkt!

Aufgrund der Brisanz des Themas "Mobilfunksender" und der Besorgnis eines Teils der Bewohner hatte der Stadt-Kurier am 21. August 2004 eine Anfrage an Prof. Dr.-Ing. Ulrich Bochtler von der Fachhochschule Aschaffenburg gerichtet, um zu erfragen, ob er bzw. die FH von der Stadt Bruchköbel einen Auftrag zur Messung möglicher Strahlenbeeinträchtigungen im Stadtgebiet erhalten habe und ob er dazu nähere Angaben über den Gegenstand, den Unterzeichner und das Datum des möglichen Auftrages machen könne.

Die Antwort des Professors kam prompt und er bat uns um Verständnis: "..... daß ich über Aufträge der Stadt Bruchköbel keine Auskünfte erteilen kann. Bitte wenden Sie sich an die dortige Pressestelle."

Dies taten wir und erhielten nach dem Urlaub des Ersten Stadtrates Dziony telefonisch eine Antwort, in der er uns unmißverständlich und klar mitteilte, daß ein solcher Auftrag von der Stadt Bruchköbel nicht erteilt wurden sei.